

Umweltstudie zur Umfahrung

Stadtrat gibt Artenschutz- und Wassergutachten in Auftrag

Starnberg – Eine Umweltverträglichkeitsstudie soll Klarheit darüber bringen, ob der Bau einer Umfahrung im Norden der Kreisstadt Starnberg überhaupt möglich ist. Mit großer Mehrheit hat der Stadtrat am Montag beschlossen, als ersten konkreten Schritt den Auftrag für hydrogeologische Untersuchungen und faunistische Kartierungen über den Zeitraum eines Jahres auszuschreiben. Einzig Annette von Czettritz (Grüne) votierte aus grundsätzlichen Erwägungen gegen das Vorhaben.

Als essenzielle Grundlage für die Bewertung zur Umweltverträglichkeit einer Trasse, die vom Autobahndreieck Starnberg über die Würm bis zum Starnberger Ortsteil Hanfeld führen soll, ist eine faunistische Kartierung. Hierbei wird über den Zeitraum von mindestens einem Jahr geprüft, ob vom Bau der Straße besonders oder streng geschützte Tierarten betroffen wären. Die Prüfung umfasst das Vorkommen von Amphibien, Reptilien, Fledermäusen und Säugetieren ebenso wie Fischen, Vögeln, Insekten oder Schnecken. Sobald gesicherte Erkenntnisse über das Vorkommen der einzelnen Tierarten vorliegen, können hieraus Rückschlüsse auf die Verträglichkeit im streng geschützten FFH-Gebiet gezogen werden. Die hydrogeologischen Untersuchungen sollen die Auswirkungen des Straßenbaus auf die Würm sowie die westlich der Würm entspringenden Kalktuffquellen abschätzen. Die Kosten für den Bau einer Umfahrung, die wohl nur bei Realisierung des B2-Tunnels möglich wäre, bezifferte Bürgermeisterin Eva John (BMS) nach einer ersten groben Schätzung auf insgesamt rund 60 Millionen Euro. Sie räumte allerdings eine Kostensteigerung um bis zu 40 Prozent für das Vorhaben ein, an dem sich nach aktuellem Stand weder Bund noch Freistaat finanziell beteiligen würden.

PETER HAACKE

Wärme aus Wasser

Starnberg – Wärme- und Kälteenergie aus Wasser: Das ist das seit Jahrzehnten bekannte Grundprinzip, mit dem rund 1000 moderne Häuser in Starnberg aus dem Düker am Almeidaweg, der die Grundwasserströme um den geplanten B2-Tunnel herumleitet wird, zukünftig mit Energie versorgt werden könnten. Der Stadtrat beschloss am Montag, für 7000 Euro eine Machbarkeitsstudie in Auftrag zu geben, um technische Grundlagen, bauliche Voraussetzungen sowie die Kosten für diese nachhaltige und umweltschonende Art der Energiegewinnung zu ermitteln.

Ein hydrogeologisches Gutachten hatte dazu ideale Voraussetzungen ergeben. Mit einer Wärmepumpe wird Umweltenergie unter Einsatz von Strom in thermische Energie umgesetzt. Die Quelle kann hierbei entweder die Luft sein, Grundwasser oder die Erdwärme. Aufgrund der hohen Durchlässigkeit der Starnberger Moräne und des vergleichsweise hohen Gefälles, mit dem das Wasser unter hohem Druck fließt, wurden vom Düker überzuleitende Mengen zwischen 100 und 300 Liter Wasser pro Sekunde ermittelt. Diese Menge reicht aus, um dem Wasser mit einer durchschnittlichen Temperatur von 9,5 Grad Celsius rund 1000 Kilowattstunden (kWh) zu entziehen. Installierte Wärmepumpen könnten demnach für Fußbodenheizungen (35 Grad) 3000 kWh oder Warmwasser 1500 kWh bereitstellen. Das Staatliche Bauamt Weilheim als Bauherr des Tunnels hatte sich bereits grundsätzlich einverstanden erklärt mit dem Einbau der erforderlichen Technik in den Düker.

Die Studie soll nach Fertigstellung dem Ausschuss für Umwelt, Energie und Mobilität erneut zur Beratung vorgelegt werden. Gegen den Beschlussvorschlag stimmte einzig Markus Mooser (WPS), der in der Debatte zuvor offenbar das seit Jahrzehnten angewendete Funktionsprinzip von Wärmepumpen mit Tiefengeothermie verwechselt hatte, bei der heißes Wasser aus dem Erdinneren an die Oberfläche gepumpt wird. Zu Protokoll gab er zur Begründung seiner Ablehnung: „Weil ich gegen den Tunnel bin.“

PHAA

Gewinne für Solaranlagen

Starnberg – Wer in diesem Jahr eine Solaranlage auf seinem Hausdach montiert hat, kann eine Solarprämie von 500 Euro gewinnen. Einsendeschluss sei der 31. Dezember, teilen der Energiewendeverein und das Landratsamt Starnberg mit. Es werden bei der Solarkampagne zum Jahreswechsel insgesamt fünfmal 500 Euro unter allen Teilnehmern verlost, die heuer Besitzer einer Photovoltaik- oder Solarthermieanlage geworden sind. Infos gibt es unter www.lk-starnberg.de/solarpraemie oder Telefon 08151/148442.

DEU

Maget referiert über „Arabischen Frühling“

Tutzing – „Was vom Arabischen Frühling übrig geblieben ist?“, lautet der Titel eines Vortrags von Franz Maget, bis 2013 SPD-Fraktionsführer und Vizepräsident des Bayerischen Landtags. Danach war er drei Jahre lang Sozialreferent an der deutschen Botschaft in der tunesischen Hauptstadt Tunis. Der Vortrag beginnt diesen Freitag um 19.30 Uhr im Roncallihaus Tutzing. SZ

Überraschende Kritik aus der Wirtschaft

Die Industrie- und Handelskammer vertagt eine Abstimmung zum geplanten Gewerbegebiet in Schorn an der Garmischer Autobahn, weil Unternehmer den Bau infrage stellen. Die Bürgerinitiative gegen das Projekt droht derweil mit einem Bürgerbegehren

VON MICHAEL BERZL UND SYLVIA BÖHM-HAIMERL

Starnberg – Während die Stadt Starnberg dabei ist, rechtliche Voraussetzungen für ein Gewerbegebiet in Schorn zu schaffen und der Landkreis die Herausnahme der Fläche aus dem Landschaftsschutz vorbereitet, formiert sich der Protest. In einer Bürgerinitiative organisierte Gegner haben sich am Mittwoch in Wangen getroffen. Notfalls werde die „BI Schorn“ ein Bürgerbegehren starten, kündigte die Vorsitzende Ursula Lauer dort an. Vorbereitungen würden bereits getroffen. Zugleich kommt auch von Wirtschaftsvertretern ungewöhnlich deutliche Kritik, wie bei einer Veranstaltung der Industrie- und Handelskammer (IHK) deutlich wurde, die zeitgleich in Wörthsee stattfand.

Bei der Versammlung der „BI Schorn“ in Wangen rief Lauer die etwa 80 Besucher dazu auf, möglichst viele Einwände vorzubringen. Ein Musterschreiben wurde bereits formuliert. Bis Montag besteht Gelegenheit, Bedenken zu einem Bebauungsplan der Stadt zu äußern, der gerade entwickelt wird; eine große Mehrheit des Stadtrats steht zu dem Projekt.

Etwa 3000 Arbeitsplätze sollen auf 47 Hektar entstehen, die aber nur zum Teil bebaut werden

UWG-Stadtrat Winfried Wobbe glaubt aber, das könne sich ändern, wenn viele Einwände kommen. Unter den Versammlungsteilnehmern waren Bürger aus Nachbargemeinden. Auch sie könnten ihre Bedenken vorbringen, erklärte Günter Schorn, der Kreisvorsitzende des Bundes Naturschutz und stellvertretender BI-Vorsitzender.

Das überplante Gebiet an der Garmischer Autobahn zwischen der Polizeistation in Oberdill und einem Verteilzentrum der Post umfasst insgesamt 47 Hektar; nur ein Teil davon soll aber bebaut werden. Etwa 3000 Arbeitsplätze sollen dort entstehen. Als Projektentwickler tritt auch dort die Asto-Gruppe auf; das Münchner Architekturbüro Koch und Partner hat die Planung übernommen.

Schorn sprach angesichts der Größenordnungen von einem „Mega-Gewerbegebiet“. Durch die zu erwartenden Emissionen seien negative Auswirkungen auf Menschen, Tiere und Pflanzen sowie eine Gefährdung des Trinkwassers zu befürchten, hieß es bei der Versammlung. Aussagen, wonach das Gebiet nicht schützenswert sei, sind nach Meinung der BI falsch. In einem eigenen Gutachten werden zahlreiche dort heimische, geschützte Tierarten wie Zauneidechse, Waldohreule, Rotmilan und 13 Fledermausarten aufgezählt. Der Landwirt und FDP-Stadtrat Anton Wiesböck erklärte, auf dem Areal befänden sich die besten Ackerböden im Landkreis.

Da lediglich ein Halbanchluss an die Autobahn vorgesehen ist, befürchtet die Bürgerinitiative, dass viel Verkehr durch Wangen fließt. Auch die Gemeindestraßen in Neufahrn und Schäftlarn seien betroffen. Hans-Jochen Iwan von der BN-Ortsgruppe Starnberg warnte, die 3000 neuen Arbeits-



Wo jetzt noch Felder und Wälder sind, sollen in ein paar Jahren Gewerbebauten stehen. Die Fläche liegt nördlich des Briefzentrums in Schorn, das im Luftbild rechts zu sehen ist. Eine Bürgerinitiative, die sich in Wangen getroffen hat, will dieses Vorhaben verhindern. FOTOS: GEORGINE TREYBAL, ARLET ULFERS, GOOGLE EARTH



plätze könnten einen „Rattenschwanz“ nach sich ziehen; er meint damit, dass Mieten steigen und mehr Kindergärten und Schulen gebaut werden müssten. „Es wird immer nach Gewerbesteuern gerufen, aber nicht gegengerechnet, was investiert werden muss“, kritisierte die Grünen-Kreisvorsitzende und Starnberger Bürgermeisterkandidatin Kerstin Täubner-Benicke. Sie hält die Flächen am Briefzentrum Schorn, das 2021 aufgelöst werde, sowie im Gewerbegebiet beim Bahnhof Nord für in Starnberg für ausreichend.

Überraschend große Bedenken kommen auch aus der Wirtschaft. Unternehmer aus dem Landkreis haben sich bei einer Sitzung des IHK-Regionalausschusses in Wörthsee zum Teil sehr kritisch bis ablehnend über die Planungen geäußert, die der Architekt Michael Nahr vorgestellt hat. Am deutlichsten wurde Andrea Roever, die Geschäftsführerin des Tagungshotels La Villa in Niederpöcking: „Ich sehe nicht, dass wir das Gewerbegebiet überhaupt brauchen.“ Mit Blick auf Belastungen für das Fünfseenland durch Verkehr und Sied-

lungsdruck fragt sie sich: „Wie viele Menschen sollen denn noch hierher kommen? Das ist doch Wahnsinn!“ Carl Baasel, Gründer einer Lasertechnikfirma in Starnberg, vermisst innovative Akzente: „Gibt es hier irgendeine neue Idee? Ich habe keine gesehen.“ Und Thomas Vogl, Vorstandsvorsitzender der VR-Bank Starnberg-Herrsching-Landsberg, meint: „Wenn wir so ein Gewerbegebiet entwickeln, müssen wir mehr leisten als das hier.“ Eine für den Mittwochabend vorgesehene Abstimmung über ein Positionspapier

zu Schorn wurde angesichts des uneinheitlichen Meinungsbildes verschoben. Die IHK wird aber im Rahmen des laufenden Bebauungsplanverfahrens für das Gewerbegebiet trotzdem bis zum Montag eine positive Stellungnahme dazu abgeben. Es würden „wohnortnahe Arbeitsplätze geschaffen und Fachkräfte im Landkreis gehalten“, heißt es darin. Der Campus Schorn trage dazu bei, „den Fortbestand und die Erweiterung der regionalen Gewerbebetriebe zu sichern und Wertschöpfung in der Region zu verankern.“

Drei Listen – ein Kandidat

Auch die Einigkeit in Berg steht hinter Rupert Steigenberger

Berg – Die „Einigkeit unabhängige Wählergruppe“ (EUW) in Berg geht mit Zuversicht in den Wahlkampf. Seit fast 20 Jahren stellt sie mit Rupert Monn den Bürgermeister und ist überzeugt, dass sie mit dem langjährigen Gemeinderat der Bürgergemeinschaft (BG), Rupert Steigenberger, den richtigen Kandidaten für die Nachfolge präsentiert. „Ich schätze ihn sehr und bin guter Dinge, dass Rupert Steigenberger unser nächster Bürgermeister wird“, sagte Monn bei der Nominierungsversammlung. Kein Wunder, dass sich die etwa 30 Teilnehmer im Gasthof „Alter Wirt“ in Höhenrain einstimmig für Steigenberger aussprachen. Der 52-Jährige wird als gemeinsamer Kandidat auch für die Bürgergemeinschaft und die SPD ins Rennen gehen. Außer den Großprojekten wie dem Rathausneubau, dem Bau des Feuerwehrhauses in Höhenrain und dem Kanalschluss in Mörlbach sieht er die „Rückkehr zur ressourcenschonenden Lebensweise“ als eine der größten Herausforderungen an. „Wir werden uns nicht auf der Leistung unserer Windkraftanlagen ausruhen können“, erklärt der Kandidat.

Insgesamt zählt die Einigkeit derzeit 97 Mitglieder, davon sieben Neuzugänge. Zwölf weitere Aufnahmeanträge liegen beim Vorstand.

Auf der Kandidatenliste stehen nur drei Frauen, dafür gibt es aber viele junge Bewerber. Die jüngste von ihnen ist Lena Hochstrasser, die bis 2018 Bayerische Bierkönigin war. Die 25-Jährige kandidiert auf Listenplatz fünf. Auf Platz zwei der Liste steht der Sohn des derzeitigen Bürgermeisters, Stefan Monn, 36. Angeführt wird die Liste von Peter Seewald, der bereits im Gemeinderat ist. Die drei anderen Gemeinderäte der EUW, Richard Fink senior, Ludwig Haseneder und Hermann Reichart, werden im künftigen Gremium nicht mehr dabei sein. Dafür stehen deren Söhne Richard Fink junior und Markus Reichart auf der Liste. Auch den Namen Benjamin Bursic (Platz 3) kennt man in Berg: Er war bis 2017 erst Kammerer und dann Geschäftsleiter im Rathaus. Jetzt arbeitet er beim Zweckverband Kommunales Dienstleistungszentrum Oberland. SABINE BADER

Die Kandidaten der Einigkeit: Peter Seewald, Stefan Monn, Benjamin Bursic, Florian Breitruck, Lena Hochstrasser, Markus Doll, Richard Fink jun., Marion Diehl, Markus Reichart, Georg Haslbeck, August Buchberger, Martin Klostermeier, Thomas Wild, Elmar Buchner, Angelika Schuster, Martin Höbart, Jakob Abeltshauer, Michael Meyr, Christoph Friemel und Andreas Müller.



Die Einigkeit hofft, dass Rupert Steigenberger (6.v.re.) Bürgermeister Rupert Monn (re.) nachfolgen wird und geht mit einer jungen Liste ins Rennen. FOTO: PRIVAT/0H

Mehr Frauen als Männer

Die Grünen wollen in Berg drei Sitze im Gemeinderat holen

Berg – Die Berger Grünen wollen den bundesweiten Aufwind ihrer Partei nutzen, um noch einmal durchzustarten. „Der Ortsverein der Grünen lag in Berg ziemlich brach“, gibt Verena Machnik, die auf Platz eins der Grünenliste kandidieren wird, im Gespräch mit der SZ zu. „Aber mittlerweile ist ein tolles Team gewachsen. So macht die Arbeit richtig Spaß: Wir haben eine energiegeladene Liste.“ Da „ströme sehr viel Expertenwissen in einen gemeinsamen Fluss“, Biobäuerin Julia Galloth aus Farchach, die bislang als einzige im Berger Gemeinderat die Grünen vertritt, wird allerdings nicht mehr kandidieren. Sie will ihren eigenen Betrieb voranbringen, was viel Zeit kostet, sagt sie.

Die Führungsmannschaft der Partei ist neu: Vorsitzende ist Realschulleiterin Eva-Maria Marxen, Bioimkerin Kartin Steffler-Wuppermann ist ihre Stellvertreterin und der Vorstand wird ergänzt durch Beisitzer Heinz Rothenfußer. Machnik, Marxen und Steffler-Wuppermann kandidieren zudem für den Kreistag.

Einen eigenen Bürgermeisterkandidaten stellen die Grünen nicht auf

Einen eigenen Bürgermeisterkandidaten werden die Berger Grünen nicht aus dem Hut zaubern. Sie vermeiden es auch, eine Empfehlung für einen der anderen Kandidaten – Elke Link (QUH), Rupert Steigenberger (BG) und Robert Schmid (CSU) und Anke Sokolowski (FDP) – auszusprechen. „Wir machen unsere Politik und treten für unsere eigenen Ziele ein“, sagt Machnik. Und die sind klar: Alle Entscheidung im künftigen Gemeinderat wollen sie dahingehend überprüfen, ob sie mit den Zielen Klimafreundlichkeit und soziale Gerechtigkeit vereinbar sind.

Etwas Besonderes hat die Berger Grünenliste überdies zu bieten: Auf ihr sind mit zwölf Kandidatinnen mehr Frauen als Männer vertreten, darum konnten die 30 Versammlungsbesucher im „Müllers auf der Lüften“ in Farchach formell das bei



Freudig starten die Berger Grünen in den bevorstehenden Wahlkampf – allen voran Verena Machnik (li.) und Katrin Steffler-Wuppermann. FOTO: 0H

den Grünen übliche Frauenstatut aufheben. „Wir müssen nicht mehr gefördert werden“, freute sich Machnik.

„An den vielen Menschen, die sich innerhalb weniger Monate angeschlossen haben, merken wir, dass wir mit unseren grünen Anliegen für die zentralen, zukunftsweisenden Themen stehen, die die Bürger bewegen“, sagt Vorsitzende Marxen. „Wir sind davon überzeugt, dass sich das auch an den Wahlergebnissen zeigen wird – dann werden wir in Berg mitgestalten können“, glaubt sie. Und Verena Machnik hat einen Wunsch für die kommende Wahl: „Ich hoffe auf mindestens drei Sitze“, sagt sie. SABINE BADER

Die Kandidatenliste: Verena Machnik, Katrin Steffler-Wuppermann, Heinz Rothenfußer, Eva-Maria Marxen, Martin Ballmann, Milena Pawelka, Jacob Jäger, Ayescha Jöns, Dazze Kammerl, Helga Sommer, Antonia Hohnberg, Eva Luna Lindner, Stefan Mair, Susanne Bayer, Wolfgang Addinger, Taisha Schneider, Irajj Tymurjian, Connie Weiß, Michael Schäfer, Ulrike Addinger.

212 Unterschriften gegen Tunnel-Abluftkamin

Starnberg – Der Bau des B2-Tunnels ist wahrscheinlich kaum mehr zu verhindern. Das weiß auch Wolfgang Ziebart, der allerdings den geplanten Abluftkamin im Schlossgarten weiterhin als überflüssig erachtet. Im Verlauf der vergangenen Wochen sammelte er 212 Unterschriften von Anwohnern, die er am Donnerstag der Starnberger Bürgermeisterin Eva John übergab. Die Unterzeichner – darunter sollen auch Befürworter des Tunnels sein wie Markus Lehmann-Horn – wenden sich „gegen eine sinnlose Geldverschwendung und eine extrem belastende Baustelle“. Allein der Aushub für den Kamin, so Ziebart, mache 2000 Lkw-Fahrten erforderlich. Hauptargument der Kritiker gegen das 45 Meter tiefe Bauwerk mit elf Metern Durchmesser ist die voraussichtliche Stickstoffdioxidbelastung, die bis zur geplanten Tunnelöffnung im Jahr 2026 unter den Grenzwerten liegen soll. Schon nächstes Jahr würden die Werte dank moderner Motorentechnik unterschritten, 2025 sei laut Prognosen des Bundesumweltamtes mit einer weiteren Reduzierung um 40 Prozent zu rechnen. Der Abluftkamin werde niemals betrieben, sagte Ziebart. Er hegt zudem Zweifel an einem Gutachten, das im Auftrag des Staatlichen Bauamtes Weilheim erstellt wurde. Hier habe man sich aber bislang „stur gestellt“ im Hinblick auf einen Kaminverzicht. PHAA

Bekanntmachungen

Amtsgericht 01 UR II 28/19 **Starnberg, den 07.11.2019**
Aufgebot
Frau Brigitte Schwarz-Jahn, Stieglitzweg 5, 82152 Krallring hat den Antrag auf Kraftloserklärung einer abhandelekommenen Urkunde bei Gericht eingereicht. Es handelt sich um den Grundschuldbrief, Gruppe 02, Briefnummer 6403558, über die im Grundbuch des Amtsgerichts Starnberg, Gemarkung Krallring, Blatt 2062, in Abteilung III Nr. 3 eingetragene Grundschuld zu 88.000,00 DM mit 12% Zinsen jährlich. Eingetragene Berechtigte: Bausparkasse GdF Wüstenrot GmbH, Ludwigsburg. Der Inhaber des Grundschuldbriefs wird aufgefordert, seine Rechte spätestens bis zu dem 09.03.2020 vor dem Amtsgericht Starnberg anzumelden und die Urkunde vorzulegen, da ansonsten die Kraftloserklärung des Briefes erfolgen wird.